Frau Deitenbach möchte hinsichtlich des Tagesordnungspunktes 7 wissen, wie lange eine Baumöglichkeit nach § 34 BauGB gelte. Erster Beigeordneter Sterzenbach erklärt, dass ein Planungshoheitsgeber im Grunde jederzeit die jetzt bestätigte Einschlägigkeit des § 34 BauGB durch eine geordnete Bauleitplanung beenden oder ändern könne. Als vorläufige Sicherung sei dann aber eine Veränderungssperre ratsam. Ein Aufstellungsbeschluss beende die Wirkung des § 34 BauGB nicht.

Weiter fragt Frau Deitenbach unter dem Gesichtspunkt der räumlichen Ausdehnung ganz unabhängig davon welche Wirkungen der Gerichtsbeschluss für das konkrete Bauvorhaben hätte, ob auch der Bereich, welcher zum jetzigen Zeitpunkt über den § 34 BauGB zum Zuge kommen könnte (Baumarktbereich), beplant würde. Erster Beigeordneter Sterzenbach antwortet, dass es dem Rat bei der Erstellung des Bebauungsplans unter Berücksichtigung sachlicher Aspekte freistehe, welches Gebiet konkret beplant werden solle.

Herr Siebigtheroth verweist auf den Tageordnungspunkt 10 und möchte wissen, seit wann die Grundstücke 96 und 97 aus dem Geltungsbereich der Landschaftsschutzverordnung herausgenommen wurden. Erster Beigeordneter Sterzenbach erläutert, dass der Kreis für die Landschaftsplanung zuständig sei und die Gemeinde dazu nur angehört werde. Er teilt mit, dass die Verwaltung durch Einsicht in die Beteiligungsunterlagen weder herausfinden konnte wann die Grundstücke 96 und 97 in die Landschaftsschutzverordnung aufgenommen noch wann sie herausgenommen wurden.

Herr Holz fragt mit Bezug auf die geplanten Leihradstationen, ob die Verwaltung nicht der Argumentation folgen könne, dass falsch geplante Standorte die Akzeptanz des Systems sofort beeinträchtigen und somit zumindest die Standortwahl gut durchdacht sein sollte. Herr Sterzenbach antwortet, dass diese Auffassung zutreffend sei. Auch möchte Herr Holz wissen, ob die Gemeinde überlege die Bürgerschaft in den Prozess der Standortfindung mit einzubinden, um damit das ganze System gleichzeitig publik zu machen und somit auch zu bewerben. Erster Beigeordneter Sterzenbach führt aus, dass er eine Befragung zum jetzigen Zeitpunkt für nicht notwendig erachtet, er dies bei weiteren Schritten jedoch durchaus in Erwägung ziehe.

Herr Holz erkundigt sich hinsichtlich der Baulandentwicklung für den Bereich West III, ob die Gemeinde selbst die Baugrundstücke vermarkten werde oder ob dies einem Investor vorbehalten sei. Herr Derscheid führt aus, dass es zurzeit in dem Gebiet drei Eigentümer gebe: die Eitorfer Entwicklungsgesellschaft (EWG) und zwei Private. Zu der Frage, wer die Grundstücke letztendlich vermarktet, könne zurzeit noch keine Aussage getroffen werden. Herr Holz möchte in diesem Zusammenhang wissen, ob die Gemeinde es grundsätzlich in Erwägung ziehe die Baugrundstücke selber zu vermarkten. Er fragt dies vor dem Hintergrund, dass die Gemeinde dann hinsichtlich des Bebauungsplans mehr Einflussmöglichkeiten habe und dass der Gewinn dadurch in der Gemeinde verbleibe. Herr Derscheid antwortet, dass die EWG gerne selber die Entwicklung und Vermarktung des Gebietes übernehmen möchte. Die Gemeinde sei jedoch als Mehrheitsgesellschafter in der EWG direkt beteiligt. Ob insgesamt ein Gewinn entstehe und wie dieser dann später verteilt ist, dazu könne zum jetzigen Zeitpunkt noch keine Aussage getroffen werden. Er macht abschließend erneut deutlich, dass es nicht Ziel sei, die Vermarktung an einen Investor abzugeben.

Hinsichtlich des InHK des Zentralortes fragt Herr Holz, ob die Verwaltung abseits der baulichen Fragestellungen eine Initiative plane, welche Konzepte zur Steigerung der Attraktivität des Zentralortes entwickelt. Er nennt hier beispielweise die Problematik des Leerstandes im Zentralort. Bürgermeister Viehof teilt mit, dass nicht für jeden Leerstand Planungen erstellt werden können, weil die Immobilien durchaus privat im Angebot seien. Er versichert jedoch auf die Eigentümer zuzugehen, um beispielsweise durch temporäre Maßnahmen, wie der Ausstellung von Kunst, etwas zu einem Attraktiven Ortskern beizutragen.